STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel: Morgenausgabe

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19210222MO

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 2.35 M, monatl. 10 M vorauszahlbar frei ins Haus. Kreuzbandsendung monatlich 12 M.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Expedition. Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Hamburger Echo

Einzelnummer morgens 20 ₰, abends sowie Sonn- und Festtags 30 ₰.

Anzeigen die 6gespaltene Petitzeile 2.20 M, zuzüglich 50 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 2.40 M. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 87. Dienstag, den 22. Februar 1921 – Morgen-Ausgabe. 35. Jahrgang.

Ergebnis der Bürgerschaftswahl im hamburgischen Staate am 20. Februar 1921.

Nach § 44 des Bürgerschaftswahlgesetzes vom 30. Dezember 1920 ist zunächst das Ergebnis im zweiten Wahlkreise festzustellen. Die unverrechneten Reststimmen der Wahlvorschläge aus dem zweiten Wahlkreise sind den mit diesen verbundenen Wahlvorschlägen des ersten Wahlkreises zuzuzählen.

I. Ergebnis im zweiten Wahlkreise (Landgebiet).

Nummer und Kennwort des Wahlvorschlags	Zahl der gültigen Stimmen	Niedrigste zur Verteilung benutzte Höchstzahl	Anzahl der Sitze	Zahl der unverrechneten übertragbaren Stimmen
1. Sozialdemokratische Partei	12 224	2 486	4	2 280
2. H. H. Amandus Stubbe	8 788		3	1 330
3. Keller-Zentrum	237		—	237
4. Paul Bergmann	495		—	495
5. Kommunisten	2 206		—	2 206
6. Deutschnationale Volkspartei	4 007		1	1 521
7. Hans Lübbert	5 972		2	—
Zusammen	32 929	—	10	8 069
Zahl der ungültigen Stimmen	125			
Abgegebene Stimmen überhaupt	33 054			
Eingetragene Wähler	42 660			

II. Ergebnis im ersten Wahlkreise (Stadt Hamburg).

Nummer und Kennwort des Wahlvorschlags	Zahl der gültigen Stimmen	Zahl der aus dem zweiten Wahlkreise übertragenen Stimmen	Gesamtzahl der in Betracht zu ziehenden Stimmen	Anzahl der Sitze
1. Otto Stolten	205 531	2 280	207 811	63
2. Dr. Eddelbüttel	12 044	—	12 044	3
3. F. Heinrich Witthoefft	65 844	1 330	67 174	20
4. Dinkgrefe-Zentrum	6 331	237	6 568	1
5. Paul Bergmann	7 189	495	7 684	2
6. Exekutivbeamte	1 065	—	1 065	—
7. Kommunisten	56 969	2 206	59 175	18
8. Deutschnationale Volkspartei	56 476	1 521	57 997	17
9. Funke	1 332	—	1 332	—
10. Albert Martens, Hamburg	1 108	—	1 108	—
11. Dr. Carl Petersen	70 562	—	70 562	21
12. Johannes Hirsch	18 810	—	18 810	5
Zusammen	503 256	8 069	511 325	150
Zahl der ungültigen Stimmen	2 023			
Abgegebene Stimmen überhaupt	505 279			
Eingetragene Wähler	716 623			

III. Zahl der auf die einzelnen Parteien entfallenen Sitze:

Nummer und Kennwort des Wahlvorschlags	Im ersten Wahlkreise	Im zweiten Wahlkreise	Zusammen
1. Otto Stolten	63	4	67
2. Dr. Eddelbüttel	3	—	3
3. F. Heinrich Witthoefft	20	3	23
4. Dinkgrefe-Zentrum	1	—	1
5. Paul Bergmann	2	—	2
6. Exekutivbeamte	—	—	—
7. Kommunisten	18	—	18
8. Deutschnationale Volkspartei	17	1	18
9. Funke	—	—	—
10. Albert Martens, Hamburg	—	—	—
11. Dr. Carl Petersen	21	2	23
12 Johannes Hirsch	5	—	5
	150	10	160

Hamburg, den 21. Februar 1921.

Das Statistische Landesamt.
Wahlamt.

Das vorstehende Ergebnis der Bürgerschaftswahl, wie es uns vom Statistischen Landesamt am Montag nachmittag übermittelt worden ist, stimmt genau mit den gestern von uns veröffentlichten Ziffern überein. Auch die Verteilung der Mandate entspricht fast genau den Angaben, die wir im Leitartikel der gestrigen Abendausgabe auf Grund der vorläufigen Berechnung gemacht hatten. Eine ganz geringe Verschiebung, die sich übrigens schon aus der gestrigen Zusammenstellung ergab, findet hier nur insofern statt, als die Deutsche Volkspartei dieselbe Mandatsziffer erhält wie die Deutsche Demokratische Partei, nämlich 23. Dagegen entfallen auf die Deutschnationalen nur 18 (nicht 19) Mandate, sie haben somit die gleiche Mandatsziffer wie die Kommunisten. Die Gewinn- und Verlustrechnung gegenüber der Wahl vom 16. März 1919 sieht so aus:

	1920	1921	
Sozialdemokraten	82	67	+ 15
Demokraten	33	23	+ 10
Deutsche Volkspartei	14	23	+ 9
Wirtschaftsbund usw.	14	9	+ 5
Unabhängige	13	2	+ 11
Kommunisten	—	18	+ 18
Deutschnationale	4	18	+ 14

Die sozialistisch-demokratische Mitte ist demnach um 25 Mandate geschwächt, die Parteien rechts davon (Deutschnationale, Volkspartei, Wirtschaftsbund, Grundeigentümer) haben teils gewonnen, teils verloren, zusammen aber die Zahl ihrer Sitze um 18 verstärkt. Der Rest von 7 Mandaten, der aus dem Verlust der Mitte ergibt, ist der äußersten Linken, den Kommunisten, zugefallen, die außerdem 11 Sitze von den Unabhängigen erbten, ihren „Sieg" also ausschließlich der Schwächung der beiden andern Arbeiterparteien verdanken.

Vergleicht man die abgegebenen Stimmenzahlen nun aber mit denen von der vorjährigen Reichstagswahl, so hat demgegenüber einzig die Sozialdemokratie einen Fortschritt zu verzeichnen, wie sich aus folgender Zusammenstellung ergibt:

	Reichstagswahl 1920	Bürgerschaftswahl 1921	
Sozialdemokratie	215 320	217 455	+ 2135
Demokraten	97 729	77 969	+ 19 760
Deutsche Volkspartei	84 248	74 632	+ 9616
Deutschnationale	69 756	60 483	+ 9273
USP. und VKPD.	84 494	67 959	+ 16 535

Unberücksichtigt mußten in dieser Zusammenstellung bleiben 37 422 Stimmen, die bei der Bürgerschaftswahl auf Wirtschaftsbund, Grundeigentümer und Zentrum entfallen sind. Wenn diese Stimmen auch zum größten Teil aus Wählerkreisen stammen, die bei der Reichstagswahl deutschnational oder volksparteilich gestimmt haben, so können sie doch nicht ohne weiteres einer dieser beiden politischen Parteien zugezählt werden.

•

Das Fiasko der unpolitischen Listen zeigt sich nicht nur im Mandatsrückgang des Wirtschaftsbundes und seiner Anhängsel von 14 auf 9, sondern ebenso sehr in dem totalen Mißerfolg der „demokratischen" Sonderlisten von Martens, Funke und den Exekutivbeamten. Alle auf diese Listen abgegebenen Stimmen gehen völlig verloren, weil keine die zur Erringung auch nur eines Mandats nötige Zahl auf sich vereinigte. Wenn diese Lektion dazu hilft, daß künftig die Aufstellung solcher lächerlichen Sonderlisten unterbleibt, so wird das ein Gewinn für unser politisches Leben sein. Statt der 12 Listen, die für den Stadtkreis aufgestellt waren, hätten 5 vollkommen genügt, um die Hauptgruppen voneinander zu scheiden. Das Bild würde bedeutend übersichtlicher sein, wenn wir es nur noch mit politischen Parteien zu tun hätten. Von rechts nach links würde sich dann folgende Parteistärke ergeben: Deutschnationale 18, Deutsche Volkspartei 32, Demokraten 23, Sozialdemokraten und Unabhängige 69, Kommunisten 18, zusammen 160.

•

Die Zusammensetzung der neuen Bürgerschaft.

Für das Städtegebiet sind gewählt:

Vom Wahlvorschlag Nr. 1: Sozialdemokratischer Verein für das hamburgische Staatsgebiet. Kennwort: Otto Stolten. 1. Otto Stolten, 2. Georg Blume, 3. Berthold Grosse, 4. Heinrich Stubbe, 5. Rudolf Roß, 6. Karl Hense, 7. Friedrich Paeplow, 8. Emil Krause, 9. Theodor Meyer, 10. Max Leuteritz, 11. Maria Bauh, 12. Albert Ihle, 13. Richard Perner, 14. Louis Gruenwaldt, 15. Richard Vallerstaedt, 16. Paul Hoffmann, 17. Hugo Feser, 18. Adolf Schönfelder, 19. Emil Hüffmeier, 20. Ida Stengele, 21. John Ehrenteit, 22. Heinrich Eisenbarth, 23. Max Hegemann, 24. Minna Schröder, 25. Dr. Andreas Knack, 26. Heinrich Schumann, 27. Claus Umland, 28. Grete Jabe, 29. Wilhelm Fischer, 30. Paul Weinheber, 31. August Ellinger, 32. Johannes Schult, 33. Gustav Appelbaum, 34. Heinrich Steinfeldt, 35. Julius Jaffke, 36. Adolf Biedermann, 37. Dr. Herbert Pardo, 38. Walter Lamp'l, 39. Adolf Römer, 40. Heinrich Strübig, 41. Otto Franz, 42. Paula Henningsen, 43. Friedrich Runtzler, 44. Andreas Kalnbach, 45. Emil Lehmann, 46. Paul Frings, 47. Emil Rusch, 48. Constanz Schneider, 49. Franz Schädlich, 50. Arnoldus van Riesen, 51. Wilhelm Radlof, 52. Berthold Schramp, 53. Adele Reiche, 54. August Huk, 55. Hermann Kempkens, 56. Louis Korell, 57. Johannes Beckmann, 58. Friedrich Schrader, 59. Johann Birner, 60. Paul Riege, 61. Josef Urban, 62. Wilhelm Baark, 63. Paul Neumann.

Vom Wahlvorschlag Nr. 2: Kennwort: Dr. Eddelbüttel: 1. Dr. Friedrich Eddelbüttel, 2. F. W. J. Hüne, 3. Guido Kamlade.

Vom Wahlvorschlag Nr. 3: Deutsche Volkspartei. Kennwort F. Heinrich Witthoefft. 1. F. Heinrich Witthoefft, 2. Walter Dauch, M. d. R., 3. Frau Emma Ender, 4. Heinrich Hammond-Norden, 5. D. Dr. Friedrich Rode, 6. Dr. Paul de Chapeaurouge, 7. Bürgermeister D. Dr. jur. et med. Karl August Schröder, 8. Carl Grevsmühl, 9. Professor Dr. med. H. Sieveking, 10. Wilhelm Otto Rose, 11. Dr. jur. Wilhelm Dücker, 12. Johannes Köhn, 13. Hugo Wiese, 14. Louis Sanne, 15. Wolfgang Fehling, 16. Dittmar Hurtzig, 17. Hermann Hieselhahn, 18. Professor Dr. Georg Thilenius, 19. Elisabeth Pape, 20. Dr. jur. Hans Böhme.

Vom Wahlvorschlag Nr. 4: Zentrumspartei Landesverband Hamburg. Kennwort: Dinkgrefe-Zentrum. 1. B. Dinkgrefe.

Vom Wahlvorschlag Nr. 5: Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Kennwort: Paul Bergmann. 1. Paul Bergmann, 2. Max Zelt.

Vom Wahlvorschlag Nr. 7: Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands. Sektion der kommunistischen Internationale. Kennwort: Kommunisten. 1. Ernst Thälmann, 2. Hermann Reich, 3. Rudolf Hommes, 4. Wilhelm Herzog, 5. Johann Knossalla, 6. Ketty Guttmann, 7. Karl Sefs, 8. Ernst Franke, 9. August Hindenburg, 10. Ehrenfried Wagner, 11. Bernhard Bästlein, 12. Rudolf Lindau, 13. Walter Kühl, 14. Paul Zöllnez, 15. Friedrich Häußler, 16. Karl Köppen, 17. Erna Rehberg, 18. Edith Hommes.

Vom Wahlvorschlag Nr. 8: Kennwort: Deutschnationale Volkspartei. 1. J. Henningsen, 2. K. A. Gutknecht, 3. Alfred Jacobsen, 4. Dr. Andreas Koch, 5. Georg Haase, 6. Frau Anna Schaper, 7. F. W. Vogel, 8. Dr. Hermann Nagel, 9. C. A. Brekelbaum, 10. Professor Dr. Kuno Ribderhoff, 11. J. C. Jensen, 12. D. Ossenbrügge, 13. Hermann Roggah, 14. Fräulein Ilse v. Arnoldi, 15. R. G. Amsink, 16. Dr. med. Hasche-Klünder, 17. J. W. Koch.

Vom Wahlvorschlag Nr. 11: Deutsche Demokratische Partei Hamburg. Kennwort: Dr. Carl Petersen. 1. Dr. Carl Petersen, 2 Curt Platen, 3. Christian Koch, 4. Senator Dr. Peter Stubmann, 5. Johannes Büll, 6. Senator Dr. Arnold Nöldeke, 7. Frau Frieda Radel, 8. Ferdinand Beit, 9. Henry Schaper, 10. Theodor Blinckmann, 11. Dr. jur. Wolfgang Brinckmann, 12. Carl Hey, 13. Gerhard Meuthen, 14. Carl Cohn, 15. Dr. Walther Matthaei, 16. Carl Bunzel, 17. Carl Winkler, 18. Dr. Max Eichholz, 19. Frl. Emmy Beckmann, 20. Frau Bertho Wendt, 21. Frl. Elisabeth Seifarth.

Vom Wahlvorschlag Nr. 12: Hamburgischer Wirtschaftsbund. Kennwort: Johannes Hirsch. 1. Johannes Hirsch, 2. Wilhelm Mähl, 3. Carl Nagel, 4. Johannes Meier, 5. J. H. Schumacher.

Für das Landgebiet:

Vom Wahlvorschlag Nr. 1: Sozialdemokratischer Verein für das hamburgische Staatsgebiet. Kennwort: Sozialdemokratische Partei. 1. Wilhelm Wiesner, 2. Karl Olfers, 3. Johannes Projahn, 4. Carl Sowa.

Vom Wahlvorschlag Nr. 2: Deutsche Volkspartei. Kennwort: H. H. Amandus Stubbe. 1. H. H. Amandus Stubbe, 2. Dr. G. Mantius, 3. H. Gock.

Vom Wahlvorschlag Nr. 6: Deutschnationale Volkspartei. Kennwort: Deutschnationale Volkspartei. 1. Professor Dr. F. Bohnert.

Vom Wahlvorschlag Nr. 7: Deutsche Demokratische Partei Hamburg. Kennwort: Hans Lübbert. 1. Hans Lübbert, 2. Carl Käckenhoff.

Die Reichstagswahl in Schleswig-Holstein

hat unserer Partei nach einer Montag abend 6 Uhr vorliegenden Zusammenstellung insgesamt etwas über 205 000 Stimmen gebracht, so daß drei unserer Kandidaten: Louise Schröder, Karl Frohme und Eggerstedt sicher gewählt sind. Ob das endgültige Resultat uns noch ein viertes Mandat bringen wird, läßt sich zur Stunde nicht übersehen. Von der Deutschnationalen Partei ist Dr. Oberfohren wiedergewählt. Die Deutsche Volkspartei hat ein Mandat (Dr. Munkel), die Demokratische Partei bisher ebenfalls nur ein Mandat (Graf Bernstorff) errungen. Es ist möglich, daß einer oder der anderen dieser Parteien noch ein Mandat zufällt. Die Kommunisten und Unabhängigen gehen anscheinend leer aus.

Pressestimmen zur Preußenwahl.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Soweit die Ergebnisse der Preußenwahlen in ihrer vorläufigen Gesamtzählung vorliegen, bestätigt sich der erfreuliche Stimmenzuwachs für die Sozialdemokratie, auf den die Partei stolz sein kann. Bei der Betrachtung des Gesamtergebnisses der Arbeiterparteien kann freilich der katastrophale Zusammenbruch der Unabhängigen nicht übersehen werden, der durch deren kopflose Haltung hervorgerufen wurde und sich durch vielfache Wahlenthaltung bei den Arbeitern äußerte, die nur den Reaktionären zugute kommen wird. Um so bedauerlicher ist diese Tatsache, da sie bei der kommenden Regierungsbildung höchstwahrscheinlich Folgen zeitigen wird, die den Interessen des Gesamtproletariats zuwiderlaufen. Mit Neid blickt die Berliner Rechtspresse auf den Wahlerfolg der SPD. Dieser Erfolg ist für sie zunächst darum um so schmerzlicher, als alle Anstürme, die schmutzigsten Verleumdungen es nicht vermochten, uns auch nur die geringste Schlappe beizubringen. Zum andern lassen die Rechtsblätter Berlins ihren Neid durch die Befürchtung, daß die Sozialdemokratie auch künftighin in Preußen die maßgebende Partei sei, erkennen, womit sie zugleich ihre enttäuschten Hoffnungen auf die Preußenwahlen eingestehen. Offener und freier wie die enttäuschte Rechtspresse gibt Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt" die neue Sachlage wieder. Unbefriedigt durch den Rückgang der Demokraten und durch den gleichzeitigen Aufstieg der Rechten tröstet er sich mit der Vermutung, daß die sozialdemokratische Partei diesen Verlust einholen wird. Ueber den Wahlerfolg unserer Partei sagt er: „Die Mehrheitspartei, bestärkt durch die Trümmer, die vom Schiffbruch der USP. zu ihr schwammen, steht als zweiter Sieger da. Sie ist das Bleibende, das sich in der rinnenden sozialistischen Bewegung bewährt."

Diesen Ausspruch eines bürgerlichen Politikers, der nur unsere Ueberzeugung bestätigt, und der seine Begründung insbesondere in einem Stimmenvergleich zwischen dem Ergebnis zugunsten der USP. und dem unserigen findet, scheint sich die unabhängige „Freiheit" trotz der Katastrophe noch nicht zu eigen machen zu wollen. Statt die Gründe einer Niederlage offen einzugestehen, sucht sie bei der Kommentierung der Preußenwahlen nach frivolen Ausreden. Gewiß ist, wie die „Freiheit" schreibt, die Spaltung der USP. mitschuldig an dem Wahlausfall, aber letzten Endes — und das vergißt das unabhängige Zentralorgan — konnte sich die Spaltung nur vollziehen, weil die USP. unfähig war, klare Politik zu treiben, die die Massen unter ihrem Banner zusammenschloß. Aus diesem Grunde ist es ein Wahn, wenn die „Freiheit", ohne das Fazit aus der Situation zu ziehen, den unabhängigen Anhang auffordert, unbekümmert um den Wahlausfall auf dem Boden der unabhängigen Politik weiter zu schreiten. Die Zukunft wird beweisen, daß über diesen Wahn die Vernunft der Massen bald hinwegschreiten wird. Der gleiche Betrug, den sich die „Freiheit" leistet, wird von der „Roten Fahne" anläßlich der Wahlbetrachtungen verübt. Sie erdreistet sich, die Feststellung zu machen, daß von den proletarischen Parteien nur die kommunistische „gewaltig im Aufstieg begriffen ist". In Wirklichkeit sind aber Levi und Genossen in gleichem Maße enttäuscht wie die Rechtsparteien, denn auch sie haben gehofft, durch die Haltung der USP. den Anhang Däumigs bei der Wahl restlos heimzuführen. Sie haben in Gemeinschaft mit den unabhängigen Katastrophenpolitikern aber nur erreicht, daß sich die proletarischen Massen zum Schaden der Arbeiterbewegung der Wahl enthielten. Sowohl das Wahlergebnis in Berlin als auch das in den größeren Industriestädten beweist, daß Kommunisten und Unabhängige diesmal insgesamt nicht die Stimmen aufbrachten, die die USP. bei der Reichstagswahl allein erhielt, sondern daß Zehntausende von Arbeitern der Wahlurne fernblieben.

Trotz des Jubels der äußersten Rechten und äußersten Linken ist auch heute festzustellen, daß dieses Jubeln nur ein Scheinmanöver ist, das unerwartete Enttäuschungen verhüllen soll. Für die Sozialdemokratie erübrigen sich große Siegeshymnen. Sie wird mit Nüchternheit aus der Anerkennung der sozialdemokratischen Politik durch das Wahlergebnis fortfahren im Kampf, um Demokratie und Sozialismus zu verwirklichen.

Das vorläufige Landtagswahlresultat in Preußen.

WTB. Berlin, 21. Februar. Bis 6 Uhr abends waren 176 Abgeordnete als gewählt zu betrachten. Davon entfallen auf die Deutschnationalen 38, die Deutsche Volkspartei 37, das Zentrum 28, die Demokraten 7, die Sozialdemokraten 52, die Unabhängigen 14, die Kommunisten 9 und die Wirtschaftspartei 1 Mandat. Zusammen 176.

•

Das vorläufige Wahlergebnis gestattet augenblicklich noch keinen Ueberblick über das neue Verhältnis der Parteien im preußischen Landtag. Fest steht vorläufig nur, daß die sozialdemokratische Partei mit einer starken Fraktion in das preußische Parlament einzieht und dort den Ausschlag geben wird. Trotzdem aber das neue Verhältnis noch nicht bekannt ist, werden bereits jetzt Mutmaßungen über die kommende Koalition angestellt. Ein Teil der Berliner Rechtspresse glaubt, daß nach dem bisherigen Wahlergebnis die alte Koalition bestehen bleibt, knüpft aber daran die Erwartung, daß auf Grund der Zusammensetzung in der Reichsregierung und der bisherigen Reibungen zwischen dem Reichskabinett und der preußischen Regierung von sämtlichen bürgerlichen Parteien eine bürgerliche Regierung auch für Preußen gefordert wird. Ein anderer Teil sieht bereits heute die Koalition gefährdet und knüpft an diesen Weitblick Kombinationen von einer Koalition der äußersten Rechten bis zu den Demokraten. Der letzte Fall, der noch Erörterung findet, ist eine Regierungsbildung von Braun bis Stresemann.

Wir können unsere Parteigenossen nur aufs dringendste ermahnen, sämtlichen Kombinationen über die kommende Regierung in Preußen das schärfste Mißtrauen entgegenzusetzen. Mit aller Bestimmtheit glauben wir für die sozialdemokratische Partei die Erklärung abgeben zu dürfen, daß sie selbst vor Ende dieser Woche zu den Wahlergebnissen nicht Stellung nehmen wird, daß sie also schon allein deshalb gar nicht in der Lage sein kann, mit anderen Parteien über irgendwelche Aenderungen im preußischen Ministerium zu verhandeln, wie es eine gewisse Presse bereits jetzt meldet. Zeichendeuter und Regierungserfinder begnügen sich aber nicht nur, eine preußische Regierung bereits zu bilden, sondern sie sind so übereifrig, auch schon eine neue Reichsregierung zu erfinden. Wiederum muß gesagt werden, daß auch diese Kombinationen, soweit von unserer Partei die Rede ist, nicht die geringste Grundlage haben. Wir haben allen Anlaß, überzeugt zu sein, daß in der Zentrumspartei und in der demokratischen Partei die Verhältnisse gleichfalls so liegen wie in unserer Partei. Es muß auch festgestellt werden, daß die verantwortlichen Parteiorgane an diesem Rätselraten sich nicht allzu sehr beteiligen. Vorerst warten fast alle Parteiorgane ab, wie das endgültige Wahlresultat ausfällt. Vor Donnerstag dürfte es kaum zu erwarten sein, und vor dem nächsten Montag wird sich in den bisherigen Koalitionsparteien keine Geneigtheit zum Verhandeln über eine etwaige Umgestaltung des preußischen Ministeriums zeigen. So muß man zu allen Pressemeldungen über die Regierungsbildung sagen, daß sie ausnahmslos verfrüht sind.

Beginn der Londoner Beratungen.

Die Londoner Konferenz begann gestern um 11½ Uhr mit einer einleitenden Sitzung des Obersten Rates in der Downingstreet. Die Hauptteilnehmer sind für Groß-Britannien: Lloyd George, Lord Curzon; für Frankreich: Briand, Berthelot, Loucheur, Doumer, Marschall Foch, General Weygand; für Italien: Graf Sforza, de Martino, Marchese de le Torreffa und Generalmarietta Galli; für Belgien: Jaspar, Theunis, de la Croix, General Maglinse; für Japan: Baron Bayashi; für Griechenland: Kalogeropulos; für die Konstantinopeler Regierung: Tewfik Pascha, Reschid Pascha.

Die große Rechnung.

Der Sonderberichterstatter des „Matin" meldet heute aus London die Beträge, die die einzelnen Staaten der Reparationskommission als die Höhe ihrer Schäden angegeben haben. Frankreich verlangt, wie bereits berichtet, 218 542 Milliarden Papierfranken, England 2 541 502 534 Pfund Sterl., sowie 7 587 832 086 Franken, Italien 38 Milliarden Lire, 37 Milliarden Franken und 128 Millionen Pfund, Polen 23 Milliarden Goldfranken, Rumänien 31 Milliarden Goldfranken, Brasilien schätzt seine maritimen Schäden auf 1 180 000 Pfund Sterling, Belgien bringt Rechnung vor von 34 Milliarden belgischer Franken, 2½ Milliarden französischer Franken. Für die Familien verlangt England im ganzen ungefähr 8 Milliarden Goldmark. Außerdem werden Rechnungen von Portugal, der Tschecho-Slowakei, Japan, Rumänien, die noch nachkommen, auf etwa 5 Milliarden Goldfranken veranschlagt.

Der „Matin" bemerkt, daß die ganze Abschätzung einen ziemlich konfusen Eindruck macht.

Ein Abstimmungstag für Oberschlesien.

Amtlich wird aus London gemeldet:

Die Londoner Konferenz beschloß, daß die oberschlesischen Landeseinwohner und die auswärts wohnenden Abstimmungsberechtigten zu gleicher Zeit abstimmen sollen.

Anfänglich war bekanntlich mit Rücksicht auf die polnisch-deutschen Gegensätze für die auswärts wohnenden Stimmberechtigten ein späterer Termin als für die Landeseinwohner in Aussicht genommen.

Wie der Londoner Berichterstatter des „Temps" mitteilt, wurde in London weiter beschlossen, daß die Abstimmungskommission für Oberschlesien den **Abstimmungstag auf den 20. März 1921** oder, wenn sich dem unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, auf ein benachbartes Datum festlegen soll. Der Oberste Rat hat ferner Kenntnis davon genommen, daß die britische Regierung die Verpflichtung übernommen hat, der Volksabstimmungskommission vier Bataillone zur Verfügung zu stellen.

•

WTB. Berlin, 21. Februar. Wie wir erfahren, ist an amtlicher Stelle über den Beschluß des Obersten Rates in der Frage der oberschlesischen Volksabstimmung bisher noch nichts bekannt.

WTB. Berlin, 21. Februar. Im „Staatsanzeiger" wird das Ausführungsgesetz zum Landessteuergesetz veröffentlicht.

Der engere Sachverständigenausschuß in der Reparationsfrage hat Montag seine Beratungen fortgesetzt. Die definitive Formulierung soll nach Erörterung der Grundlagen im Gesamtausschuß der Sachverständigen dem Reichskabinett vorbehalten bleiben.

Neue Provokationen bayrischer Einwohnerwehren in der Entwaffnungsfrage.

Berlin, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Ueber die Regelung der Einwohnerwehrfrage zwischen der Reichsregierung und dem Kabinett Kahr schweigt sich Fehrenbach immer noch aus, obwohl er dringenden Anlaß hat, vor dem Minstergang nach London zu zeigen, daß Deutschland es mit seinen Versprechungen ernst meint. Diese schlappe, geradezu unerträgliche Haltung liefert den bayerischen Reaktionären Wasser auf ihre Mühlen. Schon heute zeigt sich, welche Frechheit die Einwohnerwehren heute in Bayern aufbringen. Das „B. T." veröffetnlicht zum Beispiel in seiner heutigen Abendausgabe folgende Meldung aus München:

„Die in Rosenheim versammelten Führer der oberbayerischen Einwohnerwehren haben einstimmig eine Erklärung beschlossen, wonach die Wehrleute sich entschieden weigern, innerhalb einer bestimmten Frist die Waffen abzuliefern, solange der Staat die Sicherheit von Person und Eigentum in genügendem Maße nicht gewährleisten kann."

Das ist die Folge der Politik der Reichsregierung. Während Kahr eine nichtssagende Antwort betreffs der Einwohnerwehrfrage nach Berlin schickt, beschließen die bayerischen Einwohnerwehrleute, in deren oberster Instanz auch Kahr vertreten ist, sich vorläufig nicht entwaffnen zu lassen. Eine Kommentierung unserseits erübrigt sich, da jetzt die Entente sicherlich Anlaß nehmen wird, den von uns seit langen geforderten Druck auf die bayerischen Reaktionäre zu verlangen. Vielleicht kommt die Reichsregierung zur Einsicht, wenn es zu spät ist!

Zur Erhöhung der Personentarife.

Von unterrichteter Seite wird den P. P. N. mitgeteilt:

Vom 1. Juni d. J. ab sollen die Personentarife bei den deutschen Reichsbahnen in der Weise erhöht werden, daß der kilometrische Einheitssatz für die vierte Klasse auf 18, für die dritte auf 19,5, für die zweite auf 32,5 und für die erste Klasse auf 58,5 Pfennig festgesetzt wird. Damit werden die Fahrpreise gegenüber den Friedenspreisen in der vierten und dritten Klasse um 550 %, in der zweiten um 622 % und in der ersten Klasse um 735 % erhöht sein. Gegenüber den zurzeit geltenden Preisen treten in den einzelnen Klassen Erhöhungen bis zu 33 % ein. Diese beträchtliche Steigerung hat sich nicht vermeiden lassen, weil die Finanzlage der Reichseisenbahnen außer einer erheblichen Steigerung der Gütertarife auch die Heranziehung der Personentarife zur Verbesserung der Einnahmen unbedingt notwendig macht.

Abweichend von dem bisher bei allen bisherigen Erhöhungen eingeschlagenen Verfahren, die Fahrpreise durch prozentuale Zuschläge zu erhöhen, ist die Eisenbahnverwaltung diesmal dazu übergegangen, eine organische Neuordnung des Tarifsystems vorzunehmen. Zwischen den Fahrpreisen der einzelnen Klassen wird jetzt wieder ein Spannungsverhältnis hergestellt, ähnlich dem bereits in Friedenszeiten bestehenden, nur unter stärkerer Belastung der beiden oberen Wagenklassen. Die Fahrpreise sind auf den Tarif der vierten Klasse in der Weise aufgebaut, daß die dritte Klasse das Anderthalbfache, die zweite das Zweieinhalbfache und die erste das Viereinhalbfache der vierten Klasse kostet. Dadurch wird zugleich der Uebergang zu einer Klasse ermöglicht, ohne daß umständliche Berechnungen vom Zugpersonal vorgenommen zu werden brauchen. Zur Vereinfachung der Abfertigung werden ferner Fahrpreisbeträge bis zu 5 Mark auf volle 10 Pfennig, bis zu 10 Mark auf volle 50 Pfennig und über 10 Mark auf volle Markbeträge aufgerundet.

Gegen diese Erhöhung der Fahrpreise können alle die Bedenken geltend gemacht werden, die gegen jede Tariferhöhung sprechen. Angesichts der Finanzlage hat sich jedoch die Eisenbahnverwaltung über diese Bedenken hinwegsetzen müssen, und alle von ihr befragten Sachverständigenkörper haben sich ihr angeschlossen. Nach den bisherigen Erfahrungen darf auch erwartet werden, daß das finanzielle Ziel der Tariferhöhung im vollen Umfange erreicht wird; denn alle bisherigen Fahrpreiserhöhungen haben nach vorübergehender Abnahme des Verkehrs und trotz der Abwanderung in die unteren Klassen eine Einnahmesteigerung über den der Tariferhöhung entsprechenden Prozentbetrag hinaus gebracht. Auch die Ausnutzung der Züge ist bisher, wie Aufzeichnungen über ihre Benutzung ergeben, im allgemeinen eine recht gute gewesen. Die von Berlin abgehenden Schnellzüge sind z. B., von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, meist voll besetzt.

Auch die Stadt- und Ringbahnen in Berlin und Hamburg werden von einer Tariferhöhung nicht verschont bleiben können. Ueber den Umfang derselben sind die Erwägungen noch nicht abgeschlossen. Die Eisenbahnverwaltung verfolgt dabei nicht das Ziel, die Preise ihrer großstädtischen Verkehrsmittel auf die Höhe der von den übrigen Verkehrsmitteln eingeführten Tarife zu bringen. Auf der anderen Seite geht es nicht an, daß die Fehlbeträge der Stadt- und Ringbahn, bei denen das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben bekanntlich sehr viel ungünstiger ist als im übrigen Personenverkehr, auf die Dauer von der Gesamtheit der Steuerzahler getragen werden. Voraussichtlich wird vor allem eine stärkere Erhöhung der Zeitkartenpreise bei den Stadt- und Ringbahnen erfolgen, die heute schon in keinem Verhältnis zum Preise der Einzelkarten stehen. Bei Annahme einer durchschnittlichen Benutzung stellen sich Einzelfahrten eines Zeitkarteninhabers noch heute auf 15 bis 20 ₰ und stellen somit in keiner Weise mehr eine Gegenleistung für die Beförderung dar.

Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

Hamburg und Umgegend.

Lohnbewegung im Gastwirtsgewerbe.

Der am 5. Februar vom Schlichtungsausschuß Hamburg gefällte Schiedsspruch ist nunmehr durch beiderseitige Annahme für beide Teile verbindlich. Auf Grund des Schiedsspruches erhalten von jetzt an Aushilfskellner mit Kassieren nach wie vor einen Stundenlohn von 3 ℳ und Umsatzprozente, doch ist der Garantielohn Wochentags auf 22 ℳ und Sonntags auf 33 ℳ festgesetzt worden. Aushilfskellner ohne Kassieren erhalten einen Stundenlohn von 8 ℳ, wobei Wochentags 40 ℳ und Sonntags 50 ℳ Mindestlohn zu zahlen ist. Die Vorarbeiten sind in die Stundenberechnung einzubeziehen.

Das festentlohnte Personal, soweit es nicht kaufmännisches Personal ist (für dieses ist ein besonderer Tarifvertrag abgeschlossen) und soweit es nicht unter den Köchetarif fällt und soweit es nicht Kellner oder Aushilfskellner ist, erhält auf die bisherigen Tariflöhne einen Zuschlag von 10 %, wenn es im Hause des Arbeitgebers Verpflegung erhält, und einen Zuschlag von 20 %, wenn es nicht im Hause des Arbeitgebers verpflegt wird. Für gewährte Kost werden monatlich 150 ℳ, für gewährte Wohnung monatlich 30 ℳ in Abzug gebracht. Diese Zuschläge sind vom 1. Februar an zu zahlen, auch an Stunden- und Wochenlohnempfänger, soweit diese noch nach dem 11. Februar bei demselben Arbeitgeber in Stellung waren oder noch sind.

Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-angestellten.

Tages-Bericht.

Hamburg.

Allerlei Wahlbetrachtungen.

Die am Sonntag geschlagene Wahlschlacht hat der in der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei organisierten Reaktion nicht den erhofften Erfolg gebracht. Noch am Sonntagmorgen schrieben die „Hamburger Nachrichten":

„Die bürgerliche Mehrheit ist zu schaffen; und darum ist es eine Schande, heute der Wahl fern zu bleiben, dafern man halbwegs gesund ist und sich hinschleppen kann! Darum säume keiner! Tun wir alle unsere Pflicht, so kommen wir aus dem roten Sumpf heraus. Dann sind wir heute abend Sieger und Hamburg wird wieder in Ehren stehen!"

Und der „Hamb. Correspondent" blies am Sonntagmorgen in dasselbe Horn, in dem er unter dem hysterischen Geschrei: „Rettet die Vaterstadt" schrieb, daß das liberale Bürgertum Hamburgs „die Vernichtung der bisherigen sozialistisch-demokratischen Mehrheit fordern.

Damit ist es nun allerdings nichts geworden. Die Sozialdemokratie ist nach wie vor die stärkste Partei in der Bürgerschaft geblieben, und wenn sie dort auch nicht mehr die Mehrheit hat, kann sie doch jederzeit mit Hilfe geschickter Kombinationen jeden reaktionären Anschlag abwehren.

In ihrer Montagsausgabe sind denn die „Hamb. Nachrichten" auch schon erheblich bescheidener geworden. Sie buchen es schon als „einen bedeutenden Erfolg", daß die Vertreter der Deutschen Volkspartei in der Bürgerschaft von 14 auf 23 und die der Deutschnationalen von 4 auf 18 gestiegen sind. Alle Schuld an den für die Bürgerlichen nicht gerade angenehmen Wahlausfall schiebt das Speersortblatt auf die Nichtwähler. „Hätten diese ihre Pflicht getan," so meint das Blatt, „so gab es keine rote Kombination mehr, die uns vergewaltigen könnte."

Die Deutschnationalen und die Deutschen Volksparteiler müssen sich also auch in Zukunft mit einer recht bescheidenen Rolle in der Bürgerschaft begnügen, und das ist gut so.

Auch die „Hamburger Volkszeitung", das Organ der Sowjetanbeter, schlägt merkwürdig ruhige Töne bei der Betrachtung des Wahlresultates an. Ein Zeichen, daß man sich auch hier mehr von der Wahl versprochen hatte.

Nicht uninteressant ist es, daß in dem Speersortblatt und in der bolschewistischen „Volkszeitung" fast dieselben Gedankengänge mit gleichartigen Worten wiedergegeben werden. Am Speersort redet man von einem „roten Sumpf", aus dem man heraus will, und an der Börsenbrücke redet man von einem „politischen Sumpf", auf dessen Kosten die äußersten rechten und äußersten linken Parteien angewachsen seien. Und auch die Partei der Nichtwähler reklamieren, ganz wie die „Hamburger Nachrichten", die Bolschewisten auch für sich.

Auch der „Hamburgische Correspondent", der vor der Wahl große Töne redete, ist recht bescheiden geworden. Er meint am Schlusse einer recht sachlich gehaltenen Wahlbetrachtung: Im ganzen darf das liberale Hamburger Bürgertum mit diesem Ergebnis sehr zufrieden sein. Die Stärkung der Rechten wird vor allem die Demokraten zu einer anderen Auffassung der politischen Dinge zwingen.

Man sieht also aus dieser kleinen Betrachtung, daß unsere Gegner von rechts und links nach der Wahl außerordentlich bescheiden geworden sind. Sie müssen sich damit abfinden, daß im großen und ganzen die Wahl keine besondere Verschiebung der bisherigen Machtverhältnisse gebracht hat und daß, wenn die Arbeiterschaft geeinigt dastände, die bürgerlichen Parteien stets in der Minderheit wären. Man spekuliert aber im bürgerlichen Lager auf diese Uneinigkeit und hofft damit politische Geschäfte zu machen. An den Kommunisten liegt es, diese Spekulation zuschanden zu machen.

Kriminalbeamte als Schwindler-Komplicen.

Auf gemeinschaftlichen Betrug lautet die Anklage gegen den Kaufmann Gustav Michael, den Klempner Albert Bruncken, den Kriminalwachtmeister Karl Schuster und den Kriminalwachtmeister Wilhelm Kausch, und wegen Hehlerei gegen die Ehefrau Anna Michael, die sich vor dem Landgericht, Strafkammer II, zu verantworten hatten. Auf Veranlassung des Angeklagten Michael soll Bruncken unter dem Namen Mittag im Juli v. J. dem Zigarrenhändler B. 100 000 Stück englischer Zigaretten, Marke „Nebo", zum Kauf angeboten und dabei einen Lagerschein des Spediteurs Klingenberg vorgezeigt haben, wonach bei ihm vier Kisten lagerten. Der Kauf wurde auch abgeschlossen. Als die vier Kisten bei dem Spediteur in Gegenwart des B. auf eine Karre geladen worden waren, zahlte B. der Verabredung gemäß dem Bruncken 32 670 ℳ. Bruncken fuhr dann mit der Karre weiter. Auf dem Wege zum B.schen Geschäftslokal kamen Schuster und Kausch hinzu, zeigten ihre Dienstschilder vor und fragten nach dem Inhalt der Kisten. Schuster beauftragte dann den Kausch, den Bruncken zur Wache zu bringen und ging mit B. und Michael weiter. Später kam Kausch zu den andern wieder zurück und erklärte, Bruncken sei ihm entflohen. Die Kisten kamen dann in das Geschäft des B. und beim Oeffnen fand man darin statt Zigaretten leere Flaschen und Papier. Der entflohene Bruncken soll die 32 670 ℳ sofort zu der Frau Michael gebracht und auch darüber von ihr eine Quittung erhalten haben. Nach der Voruntersuchung, insbesondere nach den Angaben des Bruncken wird nun angenommen, daß die beiden Kriminalbeamten mit den andern Angeklagten unter einer Decke gespielt haben. Bruncken behauptet auch, der Schwindel sei vorher in einer Wirtschaft an der Langenreihe verabredet worden. Michael habe ihn, Bruncken, dazu veranlaßt, dem B. unter dem Namen Mittag die vier Kisten Zigaretten zum Kauf anzubieten. Die andern Angeklagten bezeichnen die Angaben des Bruncken als Erfindung. Michael behauptet, Bruncken hätte ihm schon früher einen Posten Zigaretten verkauft und ihm auch die 100 000 Zigaretten angeboten. Da er aber nicht genügend Barmittel dazu hatte, habe er Bruncken mit dem Käufer B. in Verbindung gebracht. Es fand eine sechsstündige Beweisaufnahme statt, nach deren Ergebnis Staatsanwalt Dr. Hollburg die sämtlichen Angeklagten auch nach der detaillierten Darstellung des Bruncken im Sinne der Anklage für überführt hält. Da es sich um einen bodenlosen Betrug handelt, beantragt er gegen die Hauptschuldigen M. und Sch. je achtzehn Monate, gegen B. und K. je ein Jahr und gegen Frau M. drei Monate Gefängnis. Das Urteil lautet wegen gemeinschaftlichen Betruges gegen M. und Sch. auf je achtzehn Monate, gegen K. auf fünfzehn Monate, gegen B. unter Einbeziehung einer in einer andern Sache gegen ihn erkannten Strafe von acht Monaten auf eine Gesamtstrafe von einem Jahr neun Monaten Gefängnis sowie auf drei Jahre Ehrverlust, gegen Frau M. wegen Beihilfe auf vier Monate Gefängnis.

„Ein feines Geständnis." Zu dem Bericht aus dem Bürgerschaftswahlkampf unter dieser Ueberschrift in Nr. 84 des „Echo" teilt uns Genosse Hensel mit, daß nicht er, sondern der Genosse Brachmann die treffende Kennzeichnung der kommunistischen Politik in bezug auf die Gehaltsreform der Beamten vorgenommen hat. Wir bringen dies zur Kenntnis unserer Leser, damit nicht aus der Namensverwechslung irgendwelche Weiterungen entstehen.

Zur Haferbewirtschaftung wird uns aus der Senatskanzlei geschrieben: Bei der Durchführung der kürzlich ausgeschriebenen Haferumlage haben sich Schwierigkeiten ergeben, indem in einzelnen Gegenden Bedenken gegen die Höhe der dem einzelnen zur Lieferung auferlegten Menge erhoben worden sind, und allgemein darauf hingewiesen wird, daß die Landwirte damit gerechnet hätten, den von ihnen angebauten Hafer in ihren Betrieben unbeschränkt verfüttern zu dürfen. Den Schwierigkeiten soll dadurch Rechnung getragen werden, daß einem Beschluß des Haushaltsausschusses des Reichstages entsprechend, den Landwirten, die 50 % ihres Lieferolls erfüllt haben, für die weitere Lieferung Mais oder Maiskleie zu einem dem Hafer entsprechenden Preise zur Verfügung gestellt werden. In Verbindung mit diesen Maßnahmen ist dieser Tage eine Verordnung ergangen, die im Anschluß an die bereits vor längerer Zeit ergangenen Richtlinien vorsieht, daß Landwirte, die ihrer Lieferungspflicht nicht nachkommen, das Dreifache des Haferpreises an die öffentliche Hand zu zahlen haben; bei nachweislichem Unverschulden kann die höhere Verwaltungsbehörde die Zahlung nachlassen.

Tödlich verunglückt. Der Arbeiter Burmester stürzte am Itzehoerweg 1½ so unglücklich die Treppe hinab, daß er einen Schädelbruch erlitt. Er verstarb kurz nach seiner Einlieferung ins Eppendorfer Krankenhaus.

Giftmordversuch. Ein Chauffeur zeigte eine Diebesbande an, die an der Cassamacherreihe ein Auto stehlen wollte. Aus Rache dafür versuchte einer der Bande, der Arbeiter Baader, ihn bei einem Glase Bier zu vergiften. Während der Chauffeur wegen Erkrankung dem Hafenkrankenhause zugeführt wurde, gelang es, den B. festzunehmen.

Altona und Umgegend.

Die Resultate der Wahlen.

Da bei dem gestern abend veröffentlichten Resultat für die Reichstagswahl noch zwei Bezirke fehlten, lassen wir **das Endergebnis der Reichstagswahl** folgen:

Liste **Schroeder-Frohme (SPD.)**	**36163**
„ Bernstorff (DDP.)	8708
„ Fröhlich (Komm.)	9558
„ Hansen (USP.)	229
„ Runkel (DVP.)	12716
„ Oberrohren (DN.)	11905
„ Rehbinder (Z.)	1081
„ Iversen (Landespartei)	57
„ Sögaard (Dänen)	8
Ungültige Stimmen	5934

Endergebnis der Preußischen Landtagswahl der Stadt Altona.

Sozialdemokraten	**36717**
Demokraten	8630
Kommunisten	9688
Deutschnationale	11587
Deutsche Volkspartei	12736
Unabhängige	308
Zentrum	1183
Landespartei	71
Dänen	3
Ungültige Stimmen	5216

Endergebnis der Provinziallandtagswahl in der Stadt Altona.

Sozialdemokraten	**35881**
Demokraten	8857
Wiederaufbau (DVP. und DN.)	25188
Kommunisten	9472
Unabhängige	290
Ungültige Stimmen	5136

Gewählt haben 68 Prozent der Wähler.

Wir werden heute abend eine Tabelle der in den einzelnen Stimmbezirken abgegebenen Stimmen veröffentlichen.

Bönningstedt. Reichstagswahl: DN. 90, D. 13, SD. 112, DVP. 1, ungültig 13. Landtagswahl: DN. 89, D. 19, Landespartei 4, SD. 114, DVP. 2, ungültig 10. Provinziallandtag: SD. 114, Wiederaufbau 92, Selbstverwaltung 22, ungültig 9. Kreistag: SD. 114, Vaterland 102.

Winzeldorf. Reichstag: DN. 57, D. 14, SD. 102, DVP. 1, ungültig 9. Landtag: DN. 54, D. 19, SD. 101, DVP. 1, ungültig 9. Provinziallandtag: SD. 99, Wiederaufbau 59, Selbstverwaltung 18, ungültig 7. Kreistag: SD. 99, Vaterland 77, ungültig 7.

Niendorf. Reichstag: DN. 453, DVP. 144, D. 186, SD. 614, USP. 20, Komm. 26, Z. 5. Landtag: SD. 631, DN. 471, Komm. 26, Z. 5, USP. 14, D. 208, DVP. 142.

Unterhaltungsabend. Der über Erwarten günstige Verlauf des Unterhaltungsabends am 17. Januar hat den Elternbeirat der VII. Knaben-Volksschule (Kleine Freiheit) in Gemeinschaft mit dem Lehrerkollegium ermutigt, schon in allernächster Zeit eine neue künstlerische Veranstaltung folgen zu lassen, deren Ertrag gleichfalls zum Besten der Schule dienen soll. An genügend künstlerischen Kräften fehlt es auch diesmal nicht. Eine Reihe von Solisten und Rezitatoren haben sich jetzt wiederum bereitwilligst zur Verfügung gestellt. Ein umfangreiches Programm verspricht, für mannigfaltige Abwechslung zu sorgen. Karten à 2 ℳ für den am Sonnabend, 5. März, stattfindenden Unterhaltungsabend sind außer bei Herkules Hinz, Königstraße, auch in der Schule, Kleine Freiheit, und an der Abendkasse erhältlich.

Wandsbeck und Umgegend.

t. **Bramfeld.** Gemeindeverkäufe. Die wöchentliche Kartoffelversorgung erfolgt am Mittwoch, 23. Februar, in der früheren Junghansschen Scheune, Lübeckerstraße. Gegen Vorlegung der Waren-Ausweiskarte werden 7 Pfund pro Kopf ausgegeben. — Am Donnerstag, 24. Februar, wird der Torfverkauf in der Scheune des Landmanns Karl Timmermann, Hamburgerstraße, fortgesetzt. Verkaufszeiten von 9 bis 12 und 2 bis 5 Uhr.

Harburg und Wilhelmsburg.

Vergleichszahlen zwischen Reichstagswahlen 1920 und Landtagswahlen 1921 für den gesamten Stadt- und Landkreis Harburg:

	1920	1921	Differenz
Niedersachsen	10 445	8 335	+ 2 110
Deutsch-Nationale Partei	3 465	3 831	+ 336
Sozialdemokraten	28 724	29 913	+ 1 189
Deutsche Volkspartei	11 337	12 715	+ 1 358
Kommunisten	—	5 740	+ 5 740
Deutsch-Demokrat. Partei	4 414	3 810	+ 604
Unabhängige	10 407	2 146	+ 8 261

Automobildiebstahl. In Wilhelmsburg ist am Montag ein neues feldgrau lackiertes Automobil im Werte von 120 000 ℳ gestohlen worden. Es hat das Zeichen J S 7330. Auslandszeichen D. An den Hintertüren befindet sich ein schwarzes Feld mit den weißen Buchstaben H. G.

Schleswig-Holstein.

Lauenburg. Bei der Kreistagswahl erhielten die bürgerlichen Parteien insgesamt 14, die SPD. 9 Sitze und die Kommunisten einen Sitz. Gegenüber den Wahlen des Jahres 1914 hat unsere Partei sich gut gehalten. In einzelnen Orten war eine Zunahme unserer Stimmen zu verzeichnen.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Allgemeines Vorlesungswesen. Die Vorlesung von Prof. Dr. Petsch über das Deutsche Drama um die Mitte des 1. Jahrhunderts (Hebbel und seine Zeitgenossen) Dienstag 8 bis 9 Uhr abends fällt am 22. Februar aus und findet dafür am Mittwoch 23. Februar, 7 bis 8 Uhr abends, im Hörsaal B statt. — Die öffentliche Vorlesung von Prof. Dr. Stettiner über die Kunst der Vierlande, Mittwoch 8 bis 9 Uhr abends, fällt am 23. Februar aus. Nächste und zugleich letzte Vorlesung findet am 2. März statt. — Die öffentliche Vorlesung von Dr. Wassermann „Die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs" fällt am Dienstag, 22. Februar, abends 8 bis 9 Uhr, aus.

Jugendgruppen der Gewerkschaften.

Zentralverband der Angestellten, Jugend-Abteilung.

Bezirk Eimsbüttel. Dienstag, 22. Februar, Bezirksabend. Vortrag des Kollegen Bock „Erlebnisse eines Handlungsgehilfen in Afrika". Anschließend Heimabend.

„Spielmanns Schuld." Nächster Uebungsabend Sonnabend, 26. Februar, 7½ Uhr, im Verbandsbureau.

Jugendleitung. Nächste Sitzung Sonnabend, 26. Februar, abends 7½ Uhr, im Verbandsbureau. Tagesordnung: 1. Delegiertenwahl zum Verbandsjugendtag. 2. Gau-Jugendkonferenz. 3. Wandersparkarten. Die Jugendleitung.

Letzte Nachrichten.

Wahlergebnisse für den Preußischen Landtag.

WTB. Berlin, 21. Februar. 11 Uhr abends lagen aus 19 von 22 Wahlkreisen die Resultate vor. Danach können bisher 327 Abgeordnete als gewählt gelten. Diese verteilen sich auf die einzelnen Parteien folgendermaßen: Deutschnationale 57, Demokraten 17, Kommunisten 23, Deutsche Volkspartei 46, Mehrheitssozialisten 95, Wirtschaftspartei 2, Zentrum 67. — Diese Uebersicht hat sich ergeben aus den Wahlen nach den Kreiswahlvorschlägen und aus der Verrechnung der Reststimmen aus den Verbindungserklärungen. Es fehlen noch die Resultate aus den Kreisen 15, Osthannover, 20, Köln-Aachen und 21, Koblenz-Trier. Erst wenn auch diese Resultate vorliegen, ist es möglich, noch die auf die Landeswahlvorschläge entfallenden Abgeordneten zu ersehen.

Wahlergebnisse zur Bremischen Bürgerschaft.

WTB. Bremen, 21. Februar. Landgebiet: Kommunisten 187, Unabhängige 1378, Mehrheitssozialisten 2512, Demokraten 1255, Deutschnationale und DVP. 2262.

Bremerhaven: Unabhängige 1895, Kommunisten 578, Mehrheitssozialisten 3060, Demokraten 2026, Deutschnationale und DVP. 3850.

Vegesack: Unabhängige 345, Mehrheitssozialisten 511, Kommunisten 115, Rechtsparteien 1467.

Kartell für Arbeiterbildung, Sport und Körperpflege.

Arbeiter-Turn- und Sportverein „Fichte", Hamburg-Altona.

Zu der am Sonntag, 27. Februar, nachmittags 2½ bis 5 Uhr, in der Aula der Oberrealschule Eimsbüttel (Kaiser Friedrichufer) stattfindenden Gedächtnisfeier für unsere dem Weltkriege zum Opfer gefallenen Vereinsmitglieder laden wir deren Angehörige herzlichst ein. Mitwirkende: Hamburger Volkschor, Herr Kapellmeister Fritz Weigmann und Frau, Blankenese, Herr Konzertmeister Willy Geyersbach, Herr Solo-Cellist Gustav Meißner. Eintrittskarten werden nicht ausgegeben. Der Vereinsvorstand.

Unsere Turnabteilung Ottensen hält am 24. Februar, abends 7 Uhr, in der Turnhalle Moorkwiete, einen Elternabend für alle in Ottensen turnenden Kinder ab. Turngenosse Blinckmann spricht über das Thema: „Warum müssen wir turnen?" Alle Turneltern und solche, die es werden wollen, sind herzlich eingeladen.

Der Jugendausschuß der Abt. Ottensen.

Briefkasten.

Eine Unwissende, Altona 31. Erkundigen Sie sich doch einmal beim Einwohner-Meldeamt.

H. F., Fichtestraße. Ein anderes Mittel ist uns nicht bekannt.

Abonnent 100. Wir empfehlen Ihnen sich an die Geschäftsstelle des Metallarbeiterverbandes im Gewerkschaftshaus zu wenden.

F. H. C. P. Die Genehmigung der Polizeibehörde ist dazu erforderlich. Der Gewerbeschein ist vorzulegen.

R. J. F. R. Unseres Wissens beträgt der Lohn im ersten Falle 200 bis 250 ℳ, im zweiten 150 bis 200 ℳ. Näheres erfahren Sie in der Geschäftsstelle des Verbandes der Hausangestellten im Gewerkschaftshaus.

O. M. D. 1331. 1. Nein. 2. Das bezweifeln wir. 3. Nein. 4. Ein bestimmter Betrag ist gesetzlich nicht festgelegt.

Amtliche telegraphische Schiffsmeldungen.

Nr. 147. Montag, 21. Februar, 5 Uhr nachm.

Cuxhaven meldet angekommen:

20. Februar

Zeit	Schiff	Kapitän	Von
V. 10.10	D. A. Wicander	—	—
11.35	D. Margarete	—	—
N. 2.—	D. Cimbrier	—	La Plata

Von hier aus: 10 Uhr D. Kersen; 10.45 Uhr D. Schiedijk.

Eingekommen: 10 Uhr FD. Fischereidirektor Lüdorf.

Wind: OSO, sehr leicht. Wetter: etwas dieselig. Barometer: 778,2. Thermometer: + 7° C.

Großhandelspreise auf dem Hamburger Markt.

Auszug aus dem amtlichen Marktbericht vom Montag, 21. Februar.

Eßäpfel pro Pfund 1,50—2,40 ℳ, ausgewählte 2,20—3 ℳ, Wirtschaftsäpfel 1—2 ℳ, Apfelsinen, spanische, große, Stück 90 ₰—1,40 ℳ, kleine 60—70 ₰, Messina, große 80 ₰—1,30 ℳ, kleine 30—70 ₰, Mandarinen 70 ₰—1 ℳ, Nüsse, Hasel- 5—6,50 ℳ, Wal-, inl. 4—5 ℳ, ausl. 5—6,50 ℳ, Erd- 6,50—7 ℳ, Kokos-, Stück 6—8 ℳ, Zitronen, große 35—50 ₰, kleine 20—30 ₰, Karotten, ohne Kraut, Pfund 40 bis 60 ₰, Kohl, Blumen-, ausl., 10 Stück 25—65 ℳ, Wirsing-, inl., Pfund 60—80 ₰, holl. 1 ℳ, Weiß-, inl. 50—65 ₰, Rot-, inl. 70—80 ₰, holl. 1,10—1,20 ℳ, Rosen- 2—3,20 ℳ, Grün- 70—90 ₰, Rüben, Märk. 30 bis 50 ₰, Steck- 16—20 ₰, Sellerie 10 Stück 3—30 ℳ, Pfund 60 ₰—1,80 ℳ, Spinat, Blatt- 2,50—3 ℳ, Wurzel- 1,50—2 ℳ, Wurzeln rote feldm. 30—50 ₰, gartenm. 50—60 ₰, holl. 42 ₰, Zwiebeln 35—60 ₰.

Marktlage: Zufuhren an Obst, Feldgemüse und Gartengemüse ausreichend. Ruhiger Markt.

Versammlungs-Kalender.

Dienstag, 22. Februar.

Zentralverband der Angestellten, Auskunfteien, 7½ Uhr, Gewerkschaftshaus, Zimmer 72. — Schiffsmakler, 7½ Uhr, Gewerkschaftshaus, Zimmer 72.

Anzeigen.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß unser lieber Bruder und Onkel

Johann Koops

im Alter von 59 Jahren nach langem mit Geduld ertragenem Leiden am Sonntag, nachmittag 4 Uhr, im Beisein aller Angehörigen sanft entschlafen ist.

In tiefer Trauer:
Karl v. Hacht.

Familie P. Koster, Bergedorf.
„ H. Sausen, Eppend.
„ Chr. Hamann, Barmb.
„ Ad. Schnick, Altona

Besichtigung: Dienstag, 22. Februar, nachmittags 3 Uhr, Leichenhalle d. Krankenhauses Lohmühlenstraße. Beerdigung: Mittwoch, 23. Februar, nachm. 3½ Uhr, von Kapelle 8, Ohlsdorf.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Todes-Anzeigen.

Unser Kollege, der Leichterschiffer

Albert Bollmann

ist verstorben.

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung: Mittwoch 23. Febr. nachm. 2 Uhr, von Kapelle 8 in Ohlsdorf.

Unser Kollege, der Schauermann

Friedr. Niemann

ist verstorben.

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung: Mittwoch 23. Febr., nachm. 3½ Uhr, von Kapelle 10 in Ohlsdorf.

Die Ortsverwaltungen.

Sozialdemokrat. Verein f. d. hamb. Staatsgebiet.

Distrikt St. Pauli-Nord.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß der Genosse **Adolf Busch** gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung: Dienstag, 22. Febr., mittags 12 Uhr, von Kapelle 10 in Ohlsdorf.

Die Distriktsleitung

Danksagung.

Allen die beim Heimgange unseres teuren Entschlafenen Anteil genommen haben, besonders Herrn Pastor R. Reuter für die trostreichen Worte, sagen wir unsern herzlichen Dank.

Frau C. Hamann und Kinder.

Arbeitsmarkt.

Jung. tücht. Maurer, d. Lust hat im Backsteinbau sich ausbilden zu lassen, bei dauernd. Beschäftigung, per sofort ges., zu melden **Schlich**, Alsenstraße 11, zwischen 11—1.

Konfirmanden-Anzüge
in allen Preislagen,
Farbige und schwarze Garderoben
in allen Größen.
Vermietung von Garderoben
Hesiner, Jenghausmarkt 23, Ecke Jacobstraße.

Konfirmanden-Anzüge
aus guten Stoffen
195, 250, 350, 450 ℳ.
Herren-Anzüge, Paletots,
Ia Stoffe, vielfach reine Wolle, 150, 250, 360 ℳ, 490, 650 ℳ.
Mod. Hosen v. 85 ℳ an.
Cutaway-Anzüge.
Knaben-Anzüge.
Anzüge und Paletots, wenig gebraucht, Maßarb.,
Anzüge nach Maß 490, 690, 890, 1090 ℳ.
Dam.-Mäntel u. Kostüme
75, 125, 225, 350, 650 ℳ.
Kleiderröcke v. 39 ℳ an.
Vorzeig. d. Anzeige erh. 5 %.
Ettisch,
Süderstr. 72, Hamburg.

Alteisen, Metalle u. Bruchglas kauft Theophil Wierzbicki, Hammersteindamm 80. Rufer 1560.

Zum Geburtstage August Bebels
am 22. Februar 1921
empfehlen wir:
Bebel, Aus meinem Leben, Bd. I/III, anf. 54,— ℳ.
— Die Frau und der Sozialismus . 21.60 „
Heinrich Wendel, August Bebel, Ein Lebensbild für deutsche Arbeiter . . . . . 4,20 „
Bebel-Portraits in verschiedenen Größen: 3,60, 3,—, 2.— ℳ.
Bebel-Postkarten: 30 ₰ und 50 ₰.
Buchhandlung Auer & Co., Hamburg 36,
Fehlandstraße 11.

Oeffentliche Sitzung des Wahlausschusses
zur Ermittlung des Abstimmungsergebnisses für die Provinzial-Landtagswahl im Wahlkreise Altona
am Donnerstag, 24 Febr., vorm 10 Uhr, im Rathause, Zimmer 71.
Altona, 21. Februar 1921.
Der Wahlkommissar.
Schnackenburg, Oberbürgermeister.

Ich bin der Erste
der die Lüge als Lüge empfand — roch! —
Ich bin der erste **anständige** Mensch! —
Ich bin ein froher Botschafter! — — —
Von Mir an gibt es wieder Hoffnungen! —
Erst von Mir an gibt es wieder „Große Politik".
Ich bin die Wahrheit, die Neue Zeit und der
Zukunfts-Staat!!!!
Ich — der Anfang und das Ende!
Ich bin das A und das O!
Ich bin das Leben und der Weg!
Ich bin der Uebermensch und die Auferstehung!
Siehe! Ich mache alles neu!
Ich bin die Tat!
Das alles klingt fremd, unheimlich, selbstüberhebend, unerhört!
Wie ein Frevel dünkt es frommen Ohren, demütigen Schafen, bescheidenen Stümpern! — Größenwahn!
Gotteslästerung! So dröhnt es überlaut von allen Seiten! Geduld! Ruhe! Klaren Sinn! Besonnenheit! Ruhiges Blut! So rufe ich Euch zu!
Die einen lechzen nach der Wiederkunft Christi, die anderen schreien nach dem starken Mann!
Wohl denen, die noch die Kraft haben, zu hoffen!
Die nicht so blasiert sind, daß sie sagen:
Den Haeusser — diesen Ueberkandidelten — höre ich gar nicht erst an!
Erst hören — erst sehen — — — dann — erst dann — urteilen!
Und so sage ich:
Komm und sieh!
Ich rede Dienstag, 22. Februar, 7½ Uhr, in Bans' Gesellschaftshaus, Besenbinderhof 10. Eintritt 2 ℳ.
P. S. Meine Kosten in Bremen übersteigen 10 000 ℳ, und da ich keine 1000 ℳ einnahm, so soll keiner denken, ich würde mich an den 2 ℳ — bereichern! Wer mich faßt, gibt von selbst alles, was er entbehren kann, da er weiß:
In Mir ist das Heil!
Haeusser.